

Erst kommt das Geld und dann vielleicht auch ein bisschen Menschlichkeit

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken fordert den Vorrang humanitären Handelns im Umgang mit den sogenannten Entwicklungsländern, aber auch mit den geflohenen Menschen hier bei uns.

Da jubelt die Bundesregierung darüber, dass sie nach 46 Jahren endlich ihr Versprechen einlöst, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auszugeben. Dabei verschweigt sie jedoch verschämt, dass sie sämtliche Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Integrationsversuche für Flüchtlinge in Deutschland in diese Rechnung mit einbezieht. Diese Mittel bleiben hier im Lande und tragen in keiner Weise dazu bei, die Entwicklung in den armen Ländern Afrikas im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern. Schönrechnen nennt man das im Volksmund.

Dabei müsste am Horn von Afrika umgehend gehandelt und Geld zur Verfügung gestellt werden, um der akuten Hungerkatastrophe, die über 20 Millionen Menschenleben kosten könnte, wirksam entgegenzutreten. Um nachhaltige Strukturen aufzubauen, die zukünftige Krisen in diesen Ländern, wenn schon nicht verhindern, so aber zumindest deutlich abschwächen könnten, muss längerfristig finanzielle Aufbauhilfe in erkennbarem Maße gesichert werden. Da helfen keine Brosamen vom Tisch der Reichen und erst recht keine Investitionen in Frontex und Grenzzäune, um neue Flüchtlingsbewegungen nach Europa zu verhindern.

Und, wenn wir ehrlich sind, geht es bei der aktuellen Diskussion in Göttingen über die mögliche Schließung einiger Flüchtlingsunterkünfte auch nicht vorrangig um die Verbesserung der Wohnsituation der bei uns lebenden geflohenen Menschen, also um humanitäre Überlegungen, sondern erst einmal um fiskalische.

Da soll die Siekhöhe aufrechterhalten werden, trotz ihrer ungünstigen Stadtrandlage in einem Industriegebiet. Trotz fehlender Intimsphäre aufgrund einer offenen Hallenkonstruktion, fehlender Möglichkeiten für die Bewohner*innen für sich selbst kochen zu können, fehlendem Tageslicht und weiterer Mängel. Weil man nun mal einen Vertrag zur Anmietung der Halle bis 2021 geschlossen hat, den man erfüllen muss. Da sollen dagegen die Wohnmöglichkeiten im ehemaligen IWF-Gebäude trotz guter Anbindung im Wohnviertel, trotz einer engagierten und aktiven Gruppe von Ehrenamtlichen und insgesamt deutlich besserer Unterbringungs- und Versorgungsmöglichkeiten möglichst bald beendet werden. Der Vertrag mit dem Besitzer läuft aus, von einer vertraglich vereinbarten Verlängerungsoption soll kein Gebrauch gemacht werden, obwohl hier fast alle Bedingungen auch im Sinne einer Erstaufnahmeeinrichtung deutlich besser sind als auf der Siekhöhe.

Als Göttinger Linke stehen wir voll hinter der Erklärung des Netzwerkes der Göttinger Flüchtlingsinitiativen, die sich im Rahmen der vorgesehenen Reduzierung von städtischen Einrichtungen für die Schließung der Siekhöhe aussprechen.